

Beschlußempfehlung und Bericht **des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)**

**zu der dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsache
vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 5/91**

A. Problem

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Deutschen Bundestag als Antragsgegner im Organstreitverfahren die Antragsschrift zugeleitet und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. In dem Verfahren geht es um den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21. Februar 1991, wonach der Deutsche Bundestag statt drei Bewerber der PDS nur zwei als Beobachter in das Europäische Parlament entsandt hat.

B. Lösung

Der Rechtsausschuß hat in seiner 18. Sitzung am 18. September 1991 einstimmig beschlossen, daß der Deutsche Bundestag eine Stellungnahme abgibt, mit der er dem Antrag im Organstreit entgegentritt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten für die Prozeßvertretung.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren 2 BvE 5/91 eine Stellungnahme abzugeben, mit der dem Antrag im Organstreit entgegengetreten wird;
2. die Präsidentin zu bitten, einen Bevollmächtigten zu bestellen, der den Deutschen Bundestag in diesem Verfahren vertritt.

Bonn, den 18. September 1991

Der Rechtsausschuß

Herbert Helmrich

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Herbert Helmrich

Die Antragsteller machen eine Verletzung ihres verfassungsrechtlichen Status durch die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages über die Entsendung der Beobachter in das Europäische Parlament geltend. Sie wenden sich dagegen, daß der Deutsche Bundestag beschlossen hat, statt drei Bewerber der PDS nur zwei als Beobachter in das Europäische Parlament zu ent-

senden. Dadurch seien Rechte aus Artikel 38 Abs. 1 und Artikel 21 Abs. 1 GG verletzt.

Der Rechtsausschuß hat in seiner 18. Sitzung am 18. September 1991 einstimmig beschlossen, daß der Deutsche Bundestag eine Stellungnahme abgibt, mit der er dem Antrag entgegentritt.

Bonn, den 18. September 1991

Herbert Helmrich

Berichterstatter